

## Das Projekt „Kommunen für alle? – Rassismuskritik in kommunalen Verwaltungen“

### Ausgangslage für das Projekt:

Kommunalverwaltungen prägen den Alltag vieler Bürger\*innen, in dem sie als demokratische Institution, Regelungsinstanz, Arbeitgeberin, Dienstleisterin und Vertragspartnerin zentrale Funktion für die Demokratie vor Ort ausüben. Im Kontakt mit kommunalen Verwaltungen entscheidet sich oft zuerst, ob staatliches Handeln als gerecht, zugänglich und vertrauenswürdig erlebt wird. In unseren von Einwanderung geprägten Stadtgesellschaften kommt Verwaltungen daher eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung eines gleichberechtigten Zusammenlebens zu.

Die öffentliche Verwaltung steht – wie die Gesellschaft insgesamt – vor der Aufgabe, sich kontinuierlich weiterzuentwickeln. Um ihrer Verpflichtung zu gleichberechtigten Dienstleistungen für alle Bürger\*innen gerecht zu werden, braucht es gezielte Werkzeuge und Kompetenzen. Ein prozessorientierter Kompetenzaufbau kann Städte und Gemeinden dabei unterstützen, ihre Rolle in der postmigrantischen Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten.

### Das Projekt:

Das Modellprojekt „Kommunen für alle? – Rassismuskritik in kommunalen Verwaltungen“ setzt genau hier an. Es unterstützt Kommunen dabei, ihre Verwaltungsstrukturen in Hinblick auf die Einwanderungsgesellschaft zu modernisieren und ihr Verwaltungshandeln hinsichtlich Vielfaltskompetenz mit einem Schwerpunkt auf Rassismus zu professionalisieren. So können Kommunen der Verpflichtung, gleichberechtigte Dienstleistungen für alle Bürger\*innen zu erbringen, gerecht werden.

Zu Projektbeginn erfasste eine Bedarfserhebung bei Kommunen aus ganz Deutschland, welche Strukturimpulse notwendig sind, um Kommunalverwaltungen umfassend und praxisorientiert zu professionalisieren und rassismuskritische Strukturen und Prozesse (weiter)zuentwickeln.

Auf Basis dieser Bedarfserhebung werden Handlungsempfehlungen und Schulungsmodule erarbeitet, die in 16 Pilotkommunen pilotiert und dann standardisiert werden, so dass sie von Kommunen bundesweit genutzt werden. Dazu gehören:

1. Die **Professionalisierung der Verwaltung** im Umgang mit Rassismus, um den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden. Dazu gehören praxisnahe Schulungsmodule, die Verwaltungsmitarbeitende befähigen, rassismuskritisch zu handeln und diskriminierende Strukturen zu erkennen. Ziel ist es, Mitarbeitende zu stärken, damit Prozesse und Dienstleistungen fair gestaltet werden und alle Menschen gleichberechtigt Zugang und Teilhabe erhalten.
2. Um gleichberechtigte Teilhabe in der kommunalen Verwaltung zu fördern, werden Kommunen dabei unterstützt, **lokale Netzwerke von Mitarbeitenden mit Einwanderungsgeschichte** aufzubauen (oder weiterzuentwickeln), in denen sie sich vernetzen können und darin unterstützt werden ihre Perspektiven in die

Organisationsentwicklung einzubringen. Ergänzend werden Formate umgesetzt, die darauf abzielen zu empowern, Repräsentationslücken zu schließen und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu schaffen.

3. Die Erarbeitung und Einführung von Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft gemeinsam entwickelten **Handlungsempfehlungen zu „Rassismus in kommunalem Verwaltungshandeln“**. Diese Empfehlungen dienen künftig als praktisches Orientierungsinstrument für Verwaltungshandeln in der Einwanderungsgesellschaft, um Rassismen und Ungleichbehandlungen in den Routinen und standardisierten Abläufen besser zu erkennen und diesen gezielter entgegenzuwirken.

#### Die 16 ausgewählten Pilotkommunen:

1. Stadt Bielefeld (Nordrhein-Westfalen)
2. Bundesstadt Bonn (Nordrhein-Westfalen)
3. Landkreis Darmstadt-Dieburg (Hessen)
4. Stadt Fürth (Bayern)
5. Stadt Halle (Saale) (Sachsen -Anhalt)
6. Landeshauptstadt Hannover (Niedersachsen)
7. Stadt Heidelberg (Baden-Württemberg)
8. Magistrat der Kreisstadt Hofheim am Taunus (Hessen)
9. Stadt Jena (Thüringen)
10. Stadt Jülich (Nordrhein-Westfalen)
11. Stadt Leipzig (Sachsen)
12. Hansestadt Lübeck (Schleswig-Holstein)
13. Stadt Mannheim (Baden-Württemberg)
14. Stadt Monheim am Rhein (Nordrhein-Westfalen)
15. Stadt Offenbach am Main (Hessen)
16. Stadt Ratzeburg (Schleswig-Holstein)

#### Expert\*innengremium:

Ein interdisziplinär besetztes Expert\*innengremium begleitet das Projekt kontinuierlich, um Qualität und Wirksamkeit sicherzustellen sowie neue Impulse in die Umsetzung einfließen zu lassen.

#### Mitglieder des Expert\*innengremiums:

1. **Andreas Amend**, Antidiskriminierungsstelle der Stadt Jena
2. **Eva Andrades**, Gesamtleitung Fachstelle Antidiskriminierungsberatung, advd
3. **Christine Burmann**, Beauftragte für Diskriminierungsfragen, Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg
4. **Dr. Harpreet Cholia**, Leiterin der Stabsstelle Antidiskriminierung, Frankfurt am Main
5. **Danijel Cubelic**, Amtsleitung Amt für Chancengleichheit, Stadt Heidelberg

6. **Emran Elmazi**, Wissenschaftlicher Leiter, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Kooperationsverbund gegen Antiziganismus
7. **Rima Hanano**, Leitung CLAIM, Kooperationsverbund gegen Rassismus
8. **Veronika Nahm**, Anne Frank Zentrum e. V., Kooperationsverbund gegen Antisemitismus
9. **Zeynep Pirayesh**, Stellvertretende Amtsleitung Amt für Integration und Vielfalt, Bundesstadt Bonn
10. **Nathalie Schlenzka**, Referatsleitung, Antidiskriminierungsstelle des Bundes
11. **Dr. Cihan Sinanoğlu**, Leiter Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor, DeZIM
12. **Susanna Steinbach**, Arbeitsstab, Antirassismusbeauftragte der Bundesregierung
13. **Tiaji Sio**, Mission Lead Re:Form, Project Together (tbc)
14. **Fabian Stangier**, Abteilungsleiter Vielfalt, Stadt Köln
15. **Prof. Constanze Janda**, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (tbc)
16. **Prof. Mathias Hong**, Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl (tbc)

#### Hintergrund der Organisation und Expertise:

Das Projekt „Kommunen für alle? Rassismuskritik in kommunalen Verwaltungen“ wird von der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) angesiedelt beim Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg umgesetzt und wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Innovationsprojekt im Rahmen des Programms *Demokratie leben!* vier Jahre gefördert.

Die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) ist ein Netzwerk von über 180 Städten, das 2004 unter der Schirmherrschaft der UNESCO gegründet wurde. Ziel der Koalition ist es, Städte in ihrem Engagement gegen Rassismus zu unterstützen und den Schutz von Menschenrechten auf lokaler Ebene zu fördern.

#### Ansprechpartnerin:

**Jasemin Seven**

Projektleitung „Kommunen für alle? – Rassismuskritik in kommunalen Verwaltungen“

Europäische Städtekoalition gegen Rassismus e. V. (ECCAR e. V.)

Amt für Chancengleichheit, Stadt Heidelberg

Eppelheimer Straße 13, 69115 Heidelberg, Deutschland

**Telefon:** +49 6221 58-15519

**E-Mail:** office@eccar.info

**Webseite:** eccar.info